

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 38 (1959)
Heft: 5

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ist in Milwaukee aufgewachsen. Dort hat sie auch ihren Gatten, Morris Myerson, der gleichfalls aus Rußland eingewandert war, geheiratet; dort ist sie in die jüdisch-sozialistische Bewegung eingetreten, und in Milwaukee ist sie 1917 zum erstenmal mit Ben Gurion zusammengetroffen, der nach Amerika gekommen war, um für seine Gedanken zu werben. 1921 schon ging Golda nach Palästina, und die Geschichte ihres Lebens seither ist die Geschichte der Kämpfe um die Staatsordnung und Gründung Israels. Maris Syrkin, die diese Biographie geschrieben hat, konnte vieles aus eigenen Wahrnehmungen von ihren wiederholten Aufenthalten in Israel beisteuern. Politisch am interessantesten in dem Buch ist das Kapitel, das die Tätigkeit von Golda Meir als erste diplomatische Vertreterin ihres Landes in Moskau (1948/49) schildert und Begegnungen mit Molotow, Ilja Ehrenburg und der namenlosen Masse der russischen Juden festhält. Es wird mit einer Beschreibung der Tätigkeit von Golda Meir als Arbeitsminister von Israel abgeschlossen.

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

In verschiedenen Kantonen, so im Kanton Zürich, Thurgau, Baselland, Luzern und Graubünden, fanden in den vergangenen Frühlingswochen die *Erneuerungswahlen in die kantonalen Parlamente und Regierungen* statt. Sie brachten mit Ausnahme von Graubünden der SPS Mandatsverluste. Man braucht sie nicht zu dramatisieren, soll sie aber auch nicht unterschätzen. Proporzahlen haben immer ihre Tücken. Manchmal, wie das in Zürich der Fall war, können nur wenige fehlende Listenstimmen den Verlust von Restmandaten verursachen. Proporzpech oder Proporzglück entscheiden nicht selten über Erfolg oder Mißerfolg eines Wahlkampfes. Auf Konto Proporzpech gehen also verschiedene SP-Verluste in den diesjährigen Frühlingswahlen. Aber das wäre dennoch keine genügende Erklärung. Man muß immerhin feststellen, daß die Wählerstimmen der SP stagniert haben oder zurückgegangen sind, während das bürgerliche Wählerkontingent eine Verstärkung erfuhr. Es können hiefür verschiedene Gründe angeführt werden. Wenn keine Kampfahlen um Regierungssitze stattfinden, wie es diesmal in den Kantonen Zürich, Thurgau und Luzern zutraf, dann fehlt bei den Kantonsrats- und Großratswahlen das belebende Element, und vor allem sind die sozialdemokratischen Wähler schwerer an die Urne zu bringen. Hinzukommt, daß in Zeiten der Hochkonjunktur auf unserer Seite ohnehin mit einer schwächeren Stimmbeteiligung gerechnet werden muß. Viele der Arbeiter und

Angestellten, die sich eines guten Verdienstes erfreuen, geben sich damit zufrieden und finden es nicht für nötig, sich weiter mit dem Stimmzettel für die Sache der Arbeiterschaft einzusetzen. Der Sonntagsausflug mit dem Motorrad oder der Besuch auf dem Sportplatz scheint ihnen wichtiger zu sein. Sie erkennen erst hinterher und wenn es zu spät ist, daß die Rechnung, die ihnen das Bürgertum für ihre Gleichgültigkeit präsentiert, nicht aufgeht und sie zuletzt die Zeche zu bezahlen haben. Diese Gleichgültigkeit in unseren Reihen zu überwinden, unsere Wähler davon zu überzeugen, daß auch in guten Wirtschaftsjahren die Erfüllung der Stimpfpflicht ernst genommen werden muß, wenn in der schweizerischen Politik sozialdemokratische Postulate sich durchsetzen sollen: darin liegt ein wichtiges Ziel der künftigen Schulungs- und Aufklärungsarbeit der SPS.

Es wäre indessen eine Selbsttäuschung, wollte man annehmen, daß die mangelhafte sozialdemokratische Stimmbeteiligung nur auf Bequemlichkeit und Satttheit der Wähler zurückzuführen sei. Es war auch weitverbreitete Unsicherheit, zum Teil auch Mißmut vorhanden wegen der Zerrissenheit innerhalb der Gewerkschaften selber in der Frage der *44-Stunden-Woche* und wegen des Zerwürfnisses, das in dieser Sache zwischen einzelnen prominenten Gewerkschaftsführern besteht. Diese unerfreuliche Situation hat insbesondere bei den Zürcher Wahlen nachgewirkt. Viele Arbeiterwähler warten auf die wiederholt angekündigte Initiative des Gewerkschaftsbundes über die *44-Stunden-Woche*, und diese Erwartungen bestehen weiter trotz dem am 16. Mai um fünf Jahre verlängerten *Friedensabkommen in der Metall- und Maschinenindustrie*, das den 190 000 Metallarbeitern ab 1. Mai 1960 eine Arbeitszeitverkürzung auf 45 Wochenstunden und einige andere erfreuliche Verbesserungen bringt. Außerhalb der Metall- und Maschinenindustrie gibt es aber noch viele Tausende von Arbeitern, die einer Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich harren und für die nicht nur der Weg des Vertrages, sondern auch der des Gesetzes in Frage kommt. Es ist deshalb dringend zu wünschen, daß die Meinungsverschiedenheiten, die in diesen Fragen vor allem zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen bestehen, bald bereinigt und überwunden werden; denn von der Uneinigkeit profitiert nur der politische Gegner.

Der Ausgang kantonaler Wahlen ist nämlich auch von allgemein *schweizerischer Bedeutung*. Das Echo im bürgerlichen Pressewald bestätigt dies. Auch verhältnismäßig bescheidene Mandatsverluste geben Anlaß, Stellung und Einfluß der SPS geringer einzuschätzen und bürgerlicherseits auf einen großen Wahlsieg im kommenden Herbst zu hoffen. Man betrachtet allgemein die Ausgangslage als günstig und rechnet mit ähnlichen sozialdemokratischen Rückschlägen wie bei den kantonalen Wahlen. Die Sprache des bürgerlichen Gegners ist denn auch entsprechend herausfordernder geworden, und Blätter wie die «Schweizerische Handelszeitung» reden bereits ungeniert davon, daß

man es sich noch sehr ernstlich überlegen müsse, ob man der Sozialdemokratie *zwei Sitze im Bundesrat* einräumen wolle; jedenfalls müßten sich die Sozialdemokraten bis dahin noch politisch sehr wohl verhalten, auf alle Fälle ja sich keine Kritik an der freisinnigen Finanz- und Militärpolitik erlauben. Was hier das Organ der schweizerischen Hochfinanz, die im politischen Bürgertum den Ton angibt, offen ausspricht, das denkt man in den Führungskreisen der Bundesratsparteien. Das 3+3+1-Verhältnis in der Landesregierung behagt ihnen durchaus, vor allem werden die Katholisch-Konservativen nicht so leichten Herzens auf ihre Dreiervertretung verzichten. Nun sind ja auf die Dezemberwahlen dieses Jahres *Rücktritte aus dem Bundesrat* fällig. Sicher wird mit dem Ausscheiden von Bundesrat Etter und von Bundesrat Streuli gerechnet, möglich, aber keineswegs gewiß ist die Demission von Bundesrat Petitpierre. Sein Rücktritt hätte zur Folge, daß, im Falle Herr Streuli durch einen Sozialdemokraten ersetzt würde, die freisinnige Delegation im Bundesrat ausschließlich aus westschweizerischen Vertretern bestünde, was man in den maßgebenden Finanz- und Industriekreisen des Freisinns nicht gerne sieht. Hier erwägt man deshalb die Möglichkeit einer Bundesratskandidatur von Minister Hans Schaffner, des Direktors der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes. Ein Ausweg aus dem Dilemma böte sich, wenn man den Sozialdemokraten eine Zweiervertretung versagte. Deshalb setzt man so große Hoffnungen auf einen sozialdemokratischen Mißerfolg im nächsten Herbst, der den willkommenen Vorwand liefern könnte, um die bürgerliche Macht- und Sesselpolitik im Bundesrat zu rechtfertigen.

Sozialdemokratischerseits wird man mit großer Gelassenheit das bürgerliche Gespräch über die künftigen Bundesratswahlen verfolgen. Jedenfalls täuscht sich die «Handelszeitung» gewaltig, wenn sie glaubt, ihre Ermahnungen zu politischem Wohlverhalten würden irgendwelchen Eindruck auf uns machen. Es wird niemand in der SPS auf den Gedanken verfallen, sozialdemokratische Bundesratssitze dadurch erkaufen zu wollen, daß man zur freisinnigen Finanz- und Militärpolitik schweigt und alles in bester Ordnung findet. Die politische Auseinandersetzung auf eidgenössischem Boden im kommenden Herbst wird unsererseits im Zeichen entschiedener Kritik an der Politik des Bundesrates und seiner Parteien und der ebenso entschiedenen Verfechtung sozialdemokratischer Ideen und Postulate erfolgen, wie sie im neuen Parteiprogramm niedergelegt sind. Es wäre eine gründliche Fehlspekulation, zu erwarten, daß die SPS um Bundesratssitze willen ihre grundsätzliche und kämpferische Haltung preisgeben würde.

Daß man vor allem im *Freisinn* den sehnlichen Wunsch hat, man möchte nicht die *Politik seiner beiden Vertreter im Bundesrat* durchleuchten, ist natürlich begreiflich. Das Ergebnis dieser Politik ist ja alles andere als attrak-

tiv. Man braucht nur auf die widerspruchsvolle Konjunkturpolitik hinzuweisen, die der freisinnige Finanzchef zusammen mit der Nationalbank in den letzten Jahren praktiziert hat. In noch schlimmerem Licht steht die freisinnige Finanzpolitik. Die Versprechungen, die Bundesrat Streuli anlässlich der Abstimmung über die Finanzvorlage vom 11. Mai 1958 dem Volke gemacht hat, erwiesen sich samt und sonders als unerfüllbar, seine Voraussagen als liederliche Prognosen. Von jener Vorlage hieß es bekanntlich, sie garantiere dem Bund in den nächsten sechs Jahren die nötigen Einnahmen; die Militärausgaben seien so veranschlagt worden, daß sie genügen sollten, um neben der laufenden Ausbildung und Ausrüstung unserer Armee auch die Kosten für die von den eidgenössischen Räten beschlossenen Rüstungskredite zu decken; die neue Finanzordnung werde dem Bund die Erzielung eines Rechnungsüberschusses von 100 bis 200 Millionen Franken erlauben, der zur Tilgung der Bundesschuld von sieben Milliarden Franken verwendet werden soll. Auf der ganzen Linie ist das Gegenteil der Behauptung eingetreten, und selten ist wohl ein eidgenössischer Finanzminister durch die Tatsachen seiner eigenen Staatsrechnung so jämmerlich desavouiert worden wie der gegenwärtige freisinnige Finanzchef. Um die Blamage noch zu vervollständigen, mußte sein freisinniger Kollege im Militärdepartement dem Bundesrat ein «Grünbuch» über die Reorganisation der Armee vorlegen, das derart ins dicke Tuch geht und alle auf den 11. Mai 1958 hin angestellten Berechnungen über den Haufen wirft, daß der Bundesrat vor seiner eigenen Courage Angst bekam und er nicht wagte, dieses «Grünbuch» den parlamentarischen Kommissionen vorzulegen, sondern es an das EMD zurückwies mit dem Auftrag, in Verbindung mit dem Finanzdepartement eine weniger kostspielige Variante auszuarbeiten. Das ist das klägliche Ergebnis freisinniger «Armeereform», die man seit Jahren herumtrölt, ohne zu einem brauchbaren Resultat zu kommen, weil man im luftleeren Raum projiziert und ohne Rücksicht auf schweizerische Verhältnisse und Möglichkeiten arbeitet. Man wird deshalb dem Freisinn nicht den Gefallen tun können, darauf zu verzichten, das Volk über dieses Versagen der freisinnigen Politik im Bund gründlich aufzuklären.

P. S.

Außenpolitik

Während die Labour Party in den *englischen Gemeindewahlen* eine Niederlage einstecken mußte und mit dem Verlust von 322 Sitzen ihre Wahlgewinne von 1956 wieder einbüßte, gelang es der Sozialistischen Partei Österreichs, bei den *österreichischen Parlamentswahlen* die Zahl ihrer Sitze von 74 auf 78 zu erhöhen. Die Österreichische Volkspartei verlor demgegenüber drei Sitze und verblieb mit 79 Mandaten nur knapp die stärkste Fraktion im Parlament, obwohl die SPÖ die ÖVP rein stimmenmäßig überflügelte

konnte und zur stärksten Partei wurde. Die Kommunisten sind inskünftig im österreichischen Parlament überhaupt nicht mehr vertreten. Hingegen vermochte die Freiheitliche Partei, in deren Reihen sich zahlreiche Nazi befinden, ihre Stellung von sechs auf acht Mandate zu verbessern, was allerdings daran, daß diese Partei im politischen Leben unseres Nachbarlandes auch weiterhin nur ein Schattendasein führen kann, nichts ändern wird. — Der ÖVP ist es also nicht gelungen, das erstrebte Ziel, nämlich die absolute Mehrheit, zu erreichen. Es war im Gegenteil die Sozialdemokratie, die ihre Position stärkte und für die Akzentverschiebung nach links verantwortlich ist. — Es ist anzunehmen, daß ÖVP und SPÖ wieder ein Koalitionskabinett bilden werden, wobei aber die Sozialisten als Folge ihres Wahlsieges zweifellos vollständige Parität verlangen werden.

Vom 1. bis 3. Mai fand in Montrouge *der erste nationale Kongreß der französischen «Parti Socialiste Autonome»* statt. Auf diesem Kongreß kam der Wunsch nach Zusammenfassung aller wirklich demokratisch-sozialistischen Kräfte deutlich zum Ausdruck. Ein Antrag, der die Vereinigung der «Parti Socialiste Autonome» mit der «Union de la Gauche Socialiste» verlangte, wurde einstimmig angenommen. In einem ebenfalls oppositionslos gutgeheißenen Manifest bekannte sich die Parti Socialiste Autonome zu den Ideen von Jean Jaurès, Jules Guesde und Léon Blum. Am bestehenden Regime in Frankreich wurde starke Kritik geübt und ganz besonders gefordert, daß in Algerien der Friede durch Verhandlungen hergestellt werde. Das Ziel der Parti Socialiste Autonome ist, so heißt es in diesem Manifest, die Befreiung des Menschen durch die Überwindung des kapitalistischen Regimes und die Verwirklichung des Sozialismus.

In *China* kam es anläßlich des zweiten nationalen Volkskongresses zu wichtigen personellen Veränderungen in der kommunistischen Staatshierarchie. Am bedeutungsvollsten, wenn auch in den Auswirkungen noch nicht übersehbar, ist zweifellos die Ernennung von Liu Shao-tschi zum neuen Präsidenten der Volksrepublik China. Liu Shao-tschi löst den bisherigen Staatspräsidenten Mao Tse-tung ab, der aber weiterhin Vorsitzender der Kommunistischen Partei bleibt. An die Stelle des bisherigen Vizepräsidenten traten zwei Vizepräsidenten: Frau Sun Tschin-lin (eine Schwester von Madame Tschiang Kai-schek) und Tung Pi-wu.

In seinem Rechenschaftsbericht, der sich besonders mit den Ergebnissen des ersten Fünfjahresplanes (1953 bis 1957) und des Jahres 1958 befaßte, gab Ministerpräsident Tschu En-lai der Überzeugung Ausdruck, daß Industrie und Landwirtschaft gleichzeitig aufgebaut werden können. Tschu En-lai hielt sich getreulich an das bei den Kommunisten für solche Anlässe übliche Ritual; er gefiel sich in einem bunten Gemisch von maßloser Überheblichkeit und Selbstbeweihräucherung einerseits und Selbstkritik andererseits. Die

Leistungen der Chinesischen Volksrepublik bezeichnete er als phänomenal. «Aber für ein Volk von über 600 Millionen Menschen ist sowohl der landwirtschaftliche als auch der industrielle Stand, den wir erreicht haben, immer noch sehr niedrig . . . Unsere Ergebnisse sind noch weit davon entfernt, angemessen zu sein, und in unserer Arbeit gibt es nicht wenige Fehlleistungen.» Tschu En-lai verlangte, daß die Interessen der einzelnen denen des Ganzen nachgeordnet werden. Die materielle Grundlage sei noch immer sehr schwach; man könne noch nicht allen Forderungen der Verbraucher gerecht werden. Wie in allen anderen kommunistischen Staaten wird also auch in China die Bevölkerung auf die Zukunft vertröstet.

Zum Aufstand in Tibet erklärte der chinesische Ministerpräsident, die militärischen Behörden seien wieder völlig Herr der Lage. Er wiederholte die kommunistische Interpretation der Vorgänge auf dem Dach der Welt und scheute auch davor nicht zurück, das Märchen von der angeblichen Entführung des Dalai Lama nach Indien aufzutischen. Tibet sei ein Bestandteil des chinesischen Gebietes und die Unterdrückung des Aufstandes eine innere Angelegenheit Chinas.

Im Brennpunkt des öffentlichen Interesses steht die *Genfer Außenministerkonferenz*. Der Beginn dieser Konferenz war nicht gerade verheißungsvoll. Der sowjetische Außenminister Gromyko versuchte, die Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) als gleichberechtigte Partner an den Konferenztisch zu bringen, um auf diese Weise eine De-facto-Anerkennung der DDR durchzusetzen. Die Westmächte lehnten ein derartiges Ansinnen ab. Schließlich wurde eine Kompromißlösung ausgetüftelt: die Außenminister der vier Großmächte sitzen am Runden Tisch, während die Delegationen von Ost- und Westdeutschland je an einem angeschobenen viereckigen Tisch Platz nehmen. Den beiden deutschen Delegationen kann das Wort erteilt werden, sofern keine der vier Großmächte dagegen Einspruch erhebt.

Eine weitere Hürde errichtete der russische Außenminister mit seinem Antrag, die Tschechoslowakei und Polen als gleichberechtigte Partner zur Teilnahme an der Außenministerkonferenz einzuladen. Auch mit diesem Vorschlag konnten sich die westlichen Außenminister nicht einverstanden erklären; die Frage einer Beteiligung dieser beiden Ostblockstaaten bleibt vorläufig noch offen. In einem späteren Zeitpunkt der Konferenz ist allerdings mit einem neuen Vorstoß der Russen in dieser Richtung zu rechnen.

Am 14. Mai unterbreitete dann der amerikanische Staatssekretär Herter der Außenministerkonferenz den westlichen Friedensplan. Es handelt sich um einen vierstufigen Plan, der jede Etappe der Wiedervereinigung Deutschlands mit einer Stufe der europäischen Sicherheit verbindet. Die erste Etappe betrifft die Wiederherstellung der Einheit Berlins auf der Grundlage freier Wahlen. In der zweiten Stufe der Wiedervereinigung soll eine gemischte deutsche Kommission (bestehend aus 25 Vertretern der Bundesrepublik und 10

Vertretern der DDR, wobei Entscheidungen mit Dreiviertelmehrheit zu treffen wären) ein Gesetz für die Abhaltung freier und geheimer Wahlen ausarbeiten. In der dritten Etappe würde dann eine gesamtdeutsche Versammlung gewählt, die eine Verfassung für ganz Deutschland vorzubereiten hätte. Auf der Grundlage dieser Verfassung könnte eine gesamtdeutsche Regierung gebildet werden. Die vierte Stufe soll dann den Abschluß eines Friedensvertrages mit der neuen deutschen Regierung bringen. – Parallel zu dieser stufenweisen Wiedervereinigung würde ein europäisches Sicherheitssystem aufgebaut.

Gromyko ließ die westlichen Außenminister auf den russischen Gegenplan nicht lange warten. Der russische Entwurf zu einem Friedensvertrag mit Deutschland, der nicht neu ist, verlangt, daß die Bundesrepublik aus der NATO und die DDR aus dem Warschaupakt austreten. Alle ausländischen Streitkräfte und Stützpunkte sollen aus Deutschland zurückgezogen werden, und zwar innerhalb eines Jahres nach Vertragsabschluß. Die Oder-Neiße-Grenze wird anerkannt und ein Anschluß von Österreich verboten. Als wesentlichen Punkt verlangt der sowjetische Plan ferner die Umwandlung Westberlins in eine demilitarisierte «Freie Stadt». Allein schon dieser letzte Punkt zeigt die großen Unterschiede zwischen dem westlichen und dem östlichen Plan – Wiedervereinigung Berlins als westliche Forderung, Verwandlung Westberlins in eine «Freie Stadt» als russischer Programmpunkt –, und man kann sich schwer vorstellen, wie auf der Grundlage dieser beiden Pläne eine Einigung in bezug auf Deutschland erreicht werden könnte.

Vorläufig scheinen die Standpunkte außerordentlich weit auseinander zu liegen. Es mag immerhin auch sein, daß es sich um taktische Stellungsbezüge handelt, die Verschiebungen noch zulassen. Völlig ungeklärt ist allerdings die Frage, ob der Westen einer «Zwischenlösung» für Berlin zustimmen wird.

B. H.